



Der Ortsverband möge beschließen:

Bürgerprogramm 2006 - 2011

des FDP Ortsverbandes Winsen-Luhe

Liberaler Kommunalpolitik stärkt den Bürger!

- 10 Vor Ort entscheidet sich die soziale und kulturelle Qualität der Gesellschaft, die das gesamte Gemeinwesen prägt. In der Stadt kann der Bürger sich am wirkungsvollsten für die Gemeinschaftsaufgaben engagieren.

Die FDP fordert Eigenverantwortlichkeit und ist darauf ausgerichtet, dass der Regelungsanspruch von Politik und Verwaltung zurückgedrängt wird.

So wird die Freiheit der Bürger respektiert und gesichert.

20

Die FDP will ein starkes eigenständiges Winsen, in dem die Politik in der individuellen Verantwortung der einzelnen Bürger liegt und von ihnen bestimmt wird.

Inhalt

	Bürgerprogramm 2006 - 2011	- 1 -
	Inhalt	- 2 -
	Präambel.....	- 3 -
30	Bürgerorientierte Verwaltung – Erfolgsmodell fortsetzen!	- 3 -
	Unternehmen der Stadt wirtschaften für Winsen!	- 4 -
	Haushaltsführung ist unsere Stärke!	- 5 -
	Bildung ist Zukunftsvorsorge!	- 6 -
	Mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch Wirtschaft und Tourismus!.....	- 8 -
	Soziale Stadtplanung berücksichtigt die demographische Entwicklung!.....	- 10 -
	Verkehr und Sicherheit erhalten Lebensqualität!.....	- 11 -
	Verantwortungsvolle Umweltpolitik mit den Menschen vor Ort!.....	- 13 -
	Integration – Wir wollen Akzeptanz statt Toleranz!	- 14 -

40

Präambel

50

Seit 60 Jahren steht die FDP in Winsen für eine Politik, die das Individuum in den Mittelpunkt stellt und jedem einzelnen Bürger die größtmögliche Freiheit bietet. Anders als Andere trauen wir dem Bürger zu, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Für uns ist es selbstverständlich, dass persönliche Freiheit und Eigenverantwortung mit sozialer Verpflichtung verbunden sind. Die Winsener haben uns dabei nie enttäuscht, wie das ehrenamtliche Engagement in zahlreichen Vereinen, Verbänden und der Freiwilligen Feuerwehr belegt. Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen.

60

Grundlage der Freiheit des Einzelnen sind die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie bestimmen, wo die Grenzen der Freiheit des einen gegenüber der des Anderen liegen. Über allem Handeln steht mit Artikel I unseres Grundgesetzes die unveräußerliche Würde des Menschen. Für uns Liberale bedeutet das, dass kein Mensch je als reines Mittel zum Zweck angesehen werden darf. Jeder Einzelne muss als Selbstzweck angesehen werden. Das sind keine hohlen Phrasen, sondern ist gelebte Verfassungsrealität und die Stadt muss kompromisslos dafür eintreten.

70

Zur Freiheit gehört die Bereitschaft des Einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Wo immer mündige Bürger ihre Angelegenheiten selbst, in der Familie, in Gemeinschaften und Vereinen regeln können, darf die Stadt sich im Gegenzug nicht einmischen.

80

Das Prinzip der Eigenverantwortung zieht sich dabei durch die FDP Programme aller Ebenen. So setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen mehr eigene Verantwortung übernehmen und dafür entsprechend ausgestattet werden. Die gängige Praxis, dass der Bund den Kommunen Aufgaben zuweist, ohne sich Gedanken über die Praxis vor Ort zu machen, oder sich angemessen an den Kosten zu beteiligen ist skandalös. Wo der Bürger sich nicht alleine helfen kann sind die Kommunen, wo die nicht weiterkommen ist das Land, und erst wenn nur eine bundeseinheitliche Regelung den Problemen begegnen kann, ist Berlin gefragt. Nur so verbleiben die Entscheidungen so dicht am Bürger wie möglich. Nur so kann der Bürger verfolgen, ob und wie seine Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden. Wir wünschen mehr Einfluss der Stadt auf die Belange vor Ort. Ineffiziente Verwaltungsmoloch wie die Bundesagentur für Arbeit lehnen wir ab.

Bürgerorientierte Verwaltung – Erfolgsmodell fortsetzen!

90

Die Winsener Stadtverwaltung ist Dienstleistungsunternehmen und Repräsentant des Staates vor Ort. Wir haben ein modernes Rathaus mit einem Dienstleistungsbereich, der geprägt ist durch Kundenorientierung, verantwortungsbewusste Mitarbeiter, wirtschaftliche Strukturen und transparente Kosten. Bürger werden im Rathaus wie Kunden behandelt. Sie können in Bürgerbüros und vermehrt auch im Internet auf kurzem Wege die kommunalen Leistungen in Anspruch nehmen.

100

Durch das Internet bieten sich auf kommunaler Ebene neue Chancen zu Bürgerbeteiligung und Bürgernähe. Kommunale Drucksachen sowie Einladungen und Protokolle zu Sitzungen sind in der Regel öffentlich, nachdem die FDP in den letzten Legislaturperioden die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschusssitzung durchgesetzt hat. Sie können der Mehrzahl der Bürger aus praktischen Gründen aber nicht zugänglich gemacht werden.

Die FDP fordert daher die Stadt Winsen auf, diese Dokumente im Internet zu veröffentlichen. Die Ratsmitglieder können diese Vorteile bereits seit dem Jahr 2005 nutzen und erhalten die Vorlagen der Verwaltung auf Wunsch über dieses neue Medium. Die FDP fordert Rat und Verwaltung auf, die Vorlagen, die für öffentliche Sitzungen der Ratsgremien bestimmt sind, auch allen interessierten Bürgern über das Internet anzubieten.

Wir schlagen darüber hinaus vor, dass Terminals an öffentlich zugänglichen Orten, etwa der Stadtbücherei in der Rathaushalle aufgestellt werden, damit die Bürger auch hier die Informationen abrufen können, und die Stadt schnell erreichbar zu machen.

- 110 Kontakt zum Staat ergibt sich zuerst in der Kommune. Die Haltung zu staatlichen Organen wird dadurch geprägt, wie der Staat als Ordnungskraft vor Ort auftritt. Die Stadt und der Kreis müssen nach Ansicht der FDP dazu beitragen, dass der Staat als hilfreich und nicht als obrigkeitstaatlich empfunden wird.

Unternehmen der Stadt wirtschaften für Winsen!

- 120 Maßgeblich durch den Einfluss der FDP wurden vor einigen Jahren die der Stadt Winsen/Luhe gehörenden Stadtwerke in eine eigenständige GmbH umgewandelt, wodurch die Eigenständigkeit und die betriebswirtschaftlichen Grundlagen dieses Unternehmens wesentlich auch unter steuerlichen Aspekten wesentlich gestärkt wurden.

Auch das städtische Bäderunternehmen „Die Insel“ wurde erfolgreich in das betriebswirtschaftliche unabhängige Unternehmen Stadtwerke integriert, was einen erfolgreichen Betrieb bei relativ geringer Subventionierung durch Steuergelder erst ermöglicht hat. Dieser Weg der Teilprivatisierungen muss weiter gegangen werden!

In Regie der Stadt werden z.Zt. noch folgende Unternehmen betrieben:

- 130
- Die Stadthalle
 - Das Dorfgemeinschaftshaus Stöckte
 - Das Dorfhaus Borstel
 - Der Bauhof.

- 140 Die FDP hat schon seit langem gefordert, sowohl die Stadthalle als auch die beiden Dorfgemeinschaftshäuser als reine wirtschaftliche Unternehmungen aus der Stadt auszugliedern und ebenfalls dem Betrieb der Stadtwerke mit der dort vorhandenen Infrastruktur anzugliedern. Allen drei Betrieben wird es gut tun, endlich aus der Enge der kameralistischen Buchführung und vor allem der immer auch parteipolitisch geführten Diskussionen in den Ratsgremien herauszukommen.

Denkbar ist auch die Gründung einer allgemeinen Holding-GmbH, die dann die Einzelbetriebe unter Nutzung der Infrastruktur der Stadtwerke führen kann (ähnlich wie dies erfolgreich seit Jahren in Buchholz praktiziert wird).

- 150 Einzubeziehen in diese Überlegungen sind auch – auch aus steuerlichen Gründen die weitere Nutzung der im Rahmen der Landesgartenschau 2006 erstellten Investitionen im Bereich des Schlossparks, der Spielgelände im Bereich der Luhe, des neuen Eckermannparks und der sonstigen Gartenanlagen der LGS. Die Durchführung der Landesgartenschau 2006 und damit der voraussichtlich letzten Landesgartenschau in Niedersachsen bedeutet für die Stadt Winsen/Luhe eine immense Entwicklungschance, zumal – anders als bei anderen Garten Schauen – eine wesentliche Planungsgrundlage in Winsen/Luhe die Nachnutzung der hier geschaffenen Investitionen gewesen ist.

- 160 Auch in diesem Zusammenhang ist die weitere Entwicklung des städtischen Bauhofs zu sehen. Ein vom Rat in Auftrag gegebenes Gutachten hat ergeben, dass der städtische Bauhof im wesentlich kostengünstig und effektiv arbeitet aber dass auch noch Einspareffekte zu erzielen sind. Unter Einbeziehung einer engeren Zusammenarbeit mit dem Bauhof des Landkreises und einer noch engeren Kooperation mit den umliegenden Gemeinden insbesondere beim Maschineneinsatz und der Pflege der Investitionen der Landesgartenschau 2006 und der Kostenoptimierung durch Vergabe an private Unternehmen kann der Einsatz des Bauhofs noch wesentlich weiter verbessert werden.

Vorgeschlagen wird daher eine Unternehmenskonstellation für diese Betriebe, die wie folgt aussehen könnte:

Holding „Städtischen Unternehmen GmbH“ als Gemeinschaft von:

- 170
- Stadtwerke Winsen/Luhe GmbH
 - Die Insel
 - Stadthalle
 - Dorfgemeinschaftshaus Stöckte
 - Dorfhaus Borstel
 - Bauhof (mit Nachnutzung LGS 2006)

Haushaltsführung ist unsere Stärke!

- 180 Die Gestaltung eines Staatshaushaltes verdeutlicht am besten die ideologische Herkunft der politisch Handelnden:

Die einen – maßgeblich die Sozialpolitiker in der Union und die Staatsfetischisten aus der SPD – erstellen Aufgabenkataloge und Anforderungsprofile über das, was der Staat den Bürgern andienen soll, stellen dann Berechnungen über die hierfür anzuwendenden Kosten an und legen diese dann in Form von Steuern und Abgaben auf die Bürger um. Das muss – unter dem Druck ständigen Buhls um die Gunst der Wähler - systembedingt zu ständig wachsenden Staatsausgaben und damit zu höheren Steuerbelastungen führen.

- 190 Wir als FDP dagegen stellen erst einmal fest, welche Belastungen die Gesellschaft und die Wirtschaft tragen kann, ohne in ihrer eigenverantwortlichen Handlungsfähigkeit eingengt zu werden, berechnen hieraufhin das verfügbare Haushaltsvolumen und legen dann aufgrund einer Prioritätenliste die bezahlbaren Staatsaufgaben fest.

Unter diesem Gesichtspunkt haben die FDP-Fraktionen in den letzten Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stadt Winsen/Luhe selbst unter den derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen immer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte – und das bei vergleichbar sehr niedrigen Steuersätzen für die Grund- und Gewerbesteuer.

200

Die einzige Steuererhöhung, die die FDP im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses mitgetragen hat, war die im Jahr 2004 aufgrund der Mehrbelastungen durch die Hartz IV – Gesetze – also von außen aufgezwungen. Auch hier hat die FDP dafür gesorgt, dass diese – mäßige – Erhöhung der Steuersätze automatisch wieder rückgängig gemacht wird, wenn die negativen Auswirkungen der Hartz IV – Gesetzgebung nachlassen.

- 210 Trotz im Bundesvergleich extrem niedrigen Steuersätze ist der Haushalt der Stadt gesund, und die vorübergehende ansteigende Verschuldung konnte bereits im Jahr 2005 um rd. 1,8 Mio. Euro zusätzliche Tilgung zurückgefahren werden. - Es geht also, wenn man mit dem richtigen Ansatz an die Haushaltsgestaltung herangeht!

Die Entwicklung der im Haushaltsplan 2006 vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung zeigt, dass die – ohnehin vergleichsweise niedrige – Verschuldung der Stadt in den nächsten 5 Jahren rapide abnimmt. Zu achten ist aus unserer Sicht bei der zu erwartenden Entwicklung besonders, dass Verwaltungshaushalt (laufende Einnahmen und Ausgaben) und Vermögenshaushalt (Investitionen) in einem gesunden Verhältnis bleiben. Die mittelfristige Finanzplanung weist hier z.Zt. noch „Investitionslücken“ insbesondere in den Jahren 2008 bis 2010 aus.

220

Die Gremien des Rates müssen hier also sehr genau überlegen, welche sinnvollen Investitionen für diese Jahre vorzusehen sind – zum einen um die Infrastruktur der Stadt weiter zu verbessern und zum anderen zu verhindern, dass die Verwaltungsausgaben unangemessen steigen und damit auf Dauer die Handlungsfähigkeit der Stadt beeinträchtigen.

Erste Weichen hierfür hat der Rat in seiner letzten Sitzung im Jahr 2005 bereits gestellt, indem er die grundsätzlich sinnvolle Unterstützung der Investitionen des TSV zur Umsiedlung an die Osttagente in die Jahre 2008 bis 2010 verlagert hat.

230

Weitere Schwerpunkte sollte der nächste Rat im Bereich der Verkehrsinfrastruktur setzen – z.B. durch die Umplanungen von bisherigen unsinnigen Kreuzungen in Kreisverkehre.

Der kommunale Finanzausgleich des Landes hat auch die Aufgabe, die kommunale Selbstverwaltung aller Städte und Gemeinden in Niedersachsen zu sichern. Neue Aufgaben von Bund und Land an die Kommunen müssen mit der erforderlichen Finanzierung einhergehen.

240

Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Beteiligungen sowie Beschränkung der kommunalen Verwaltung auf hoheitliche öffentliche Aufgaben sind ein wichtiger Bestandteil liberaler Wirtschaftspolitik. Wir treten dafür ein, dass abgesehen von hoheitlichen Aufgaben Verpflichtungen von den Kommunen nur dann übernommen werden, wenn sie in derselben Qualität nicht im Wettbewerb durch Private wahrgenommen werden können. Auch kommunales Vermögen ist in Überlegungen nach mehr Privatisierung einzubeziehen.

250

Alle Möglichkeiten sparsamer Haushaltsführung durch Delegierung von Verantwortung wie Budgetierung und kaufmännische Haushaltsführung sind auszuschöpfen! Die FDP begrüßt daher ausdrücklich, dass die Gemeinden endlich gezwungen werden, ihre Haushalte nach kaufmännischen Grundsätzen aufzustellen – dies laut Gesetz allerdings erst bis zum Jahr 2011. Die Stadt Winsen wird dieses Ziel sehr viel früher erreichen. Die Vorarbeiten innerhalb der Stadtverwaltung laufen hierfür bereits auf Hochtouren, die erforderlichen Bestandsaufnahmen werden erstellt.

Im Interesse des Wettbewerbs und des Mittelstandes sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Regeln des Vergabewesens anzuwenden. Angebote von Arbeitsgemeinschaften mittelständischer Betriebe müssen die gleichen Chancen haben wie andere Bieter.

260

Bildung ist Zukunftsvorsorge!

Der staatliche Bildungsauftrag ist im Grundgesetz festgelegt. Die von den beiden „Volksparteien“ eingesetzte Föderalismuskommission ist auf einigen Gebieten zwar wichtige Schritte weiter gekommen, hat aber wegen Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern zwei der wichtigsten Themen bisher ausdrücklich ausgeschlossen- nämlich die Neuregelung der Finanzverteilung und – eben – den gesamten Bildungsbereich.

Eine Pisastudie nach der anderen bescheinigt Deutschland weiter, gerade auf diesem Gebiet höchst mangelhafte Ergebnisse.

270

Den großen Parteien gelingt es offenbar nicht, diese für uns eigentlich wichtigste Ressource so zu regeln, dass wir mit den anderen europäischen Ländern wenigstens gleich ziehen können. Die Leidtragenden bei diesem Dilemma sind aber gerade im Bereich der Grundbildung unserer Kinder die Kommunen!

Festzustellen ist an Hand der Pisastudien, dass wir in Deutschland mit der Grundausbildung unserer Kinder zu spät beginnt, dass die Schul- und Lehrzeiten zu lange

dauern, dass die Studiengänge an den Hochschulen zu lang sind und trotzdem das dann erreichte Bildungsniveau internationalen Vergleichen nicht standhält!

280

Wir wissen, dass der staatliche Bildungsauftrag nach dem Grundgesetz entweder bei den Ländern oder beim Bund liegt, aber wir fordern hier wegen der mangelnden Entscheidungsfähigkeit dieser Gremien endlich Eigeninitiativen der Gemeinden!

Wie in anderen mit uns konkurrieren Ländern (z.B. Frankreich) muss unser Kindergartensystem, das im Grunde lediglich ein Aufbewahren der Kinder beinhaltet, um den Eltern ihre berufliche Tätigkeiten zu ermöglichen, umgestellt werden auf ein effizientes – trotzdem natürlich kindergerechtes – Vorschulbildungssystem. Und dies mindestens mit einem Alter von 4 Jahren!

290

Ziel dieses Bildungssystems muss es sein, dass alle Kinder, die mit 6 Jahren eingeschult werden, wenigstens so gut deutsch sprechen und verstehen, dass sie überhaupt in der Lage sind, an dem Grundschulunterricht chancengleich und erfolgreich teilnehmen zu können.

300

Es kann und darf einfach nicht länger hingenommen werden, dass in einigen Grundschulklassen mehr als die Hälfte der Kinder wegen sprachlicher Schwierigkeiten überhaupt nicht am eigentlichen Fachunterricht teilnehmen können! Wegen der großen Anzahl der nicht deutsch sprechenden Kinder in Deutschland (anders als z.B. in Frankreich oder England) wird hier auf Dauer sogar eine Vorschulpflicht ins Auge gefasst werden müssen. Die Zeit, jetzt in diesen Bereichen die erforderlichen Schritte einzuleiten, ist günstig, denn aufgrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung ist zu erkennen, dass jetzt vorhandene Kindergartenplätze frei werden und so die frei werdenden baulichen Kapazitäten für neue Aufgaben genutzt werden können.

310

Die CDU/FDP/Stattparteigruppe hat deshalb im Rahmen der Haushaltsberatungen 2006 beschlossen, das Angebot für Kindertagesstätten für Kinder von 3 bis 6 Jahren zu erhöhen und hierbei auch insbesondere private Initiativen zu fördern. Und die FDP hat ergänzend hierzu durchgesetzt, dass dieses Kindertagesstättenangebot mit einem entsprechenden Bildungsangebot besonders im deutschsprachlichen Bereich untermauert wird. Der Verwaltung wurde der Auftrag erteilt, hierfür entsprechende Konzepte zu entwickeln.

Winsen war führend bei der Umsetzung der Verpflichtung Kindergartenplätze für alle Kinder einzurichten. Winsen soll auch wieder führend sein, wenn es um die vorschulische Bildung unserer Kinder geht!

320

Die Stadt hat die Aufgabe, nach einer Grundschule mit kurzen Wegen für die Schüler ein mehrgliedriges Schulsystem vorzuhalten, in dem jedes Schulkind seinen Leistungen entsprechend gefördert wird. Mit dem zweiten Gymnasium in Roydorf wird Winsen den Ansprüchen an akademischer Ausbildung gerecht. Es ist unbedingt notwendig, auch die Realschulen und die Hauptschulen zu fördern. Wir wenden uns mit dem Appell an die Unternehmen, der Inflation der Abschlüsse entgegenzuwirken. Ein Handwerker muss nicht ausrechnen können, wie wahrscheinlich es ist, dass er nächste Woche im Lotto gewinnt – aber er muss seinen Stundenlohn berechnen können. Eine Ausbildung, die den Anforderungen des täglichen Lebens gerecht wird erwarten wir von allen Schulformen!

330

Schulen müssen verstärkt Medienkompetenz vermitteln. Alte und neue Medien müssen sinnvoll integriert werden. Vom Land Niedersachsen muss dazu neben der Bereitstellung von Kapazitäten für die Pflege der Netze auch die Schulung des Lehrpersonals für den Einsatz moderner Lehr- und Lerntechnologien gefordert werden. Ständiges Bemühen der FDP wird weiter die Sicherstellung der Lehrerversorgung sein.

Mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch Wirtschaft und Tourismus!

340 Unsere Gemeinschaft lebt von den Leistungen der Menschen im Dienstleistungsgewerbe, im Handwerk, in der Industrie, von den Leistungen der Selbständigen und der Freiberufler sowie alle Arbeitnehmer. Sie erwirtschaften das Geld, das wir für unseren Lebensunterhalt zur Verfügung haben und das der Staat und die Städte und Gemeinden für ihre Aufgaben benötigen.

350 Nur wirtschaftlich rentable und umweltfreundliche Arbeitsplätze sind dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Sie wohnortnah zu schaffen und zu erhalten ist vorrangige Aufgabe liberaler Kommunalpolitik. Für die FDP sind Pflege und Betreuung vorhandener Betriebe zum Erhalt von Arbeitsplätzen gleichrangig mit der Förderung von Existenzgründungen und Neuansiedlungen. Als Beispiel für unser Engagement Bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken im Ort sind insbesondere kleine und mittelständische Betriebe zu berücksichtigen, weil sie die größte Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bereitstellen. Im Mittelpunkt der liberalen Reformen für Arbeitsplätze steht die Steuerreform. So wird es z. B. eine Erhöhung der Gewerbesteuer mit der FDP nicht geben.

360 Die Stadt hat in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass durch die Ausweisung neuer Gewerbeflächen insbesondere an der Osttangente und damit mit Anschluss an die Autobahn ausreichend Möglichkeiten zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Vermarktung dieser Flächen kann und muss die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Hamburg und den Wirtschaftsfördergesellschaften des Landkreises und der Süder-Elbe-AG noch verbessert werden.

Prioritäten setzt die FDP bei der Umgestaltung der Rathausstraße und der Modernisierung der Bahnhofstraße. Städtische Satzungen mit Auflagen für ansässige Geschäfte (z. B. Aufstellen von Ständern, Anbringung von Markisen usw.) müssen novelliert werden. Die Kooperation und die Absprachen zwischen Verwaltung und in der Innenstadt ansässigen Geschäften, muss dringend verbessert werden.

370 Zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze fordert die FDP eine ganzheitliche Betrachtung und Handlungsweise mit Zukunftsorientierung. Es genügt nicht einzelne Vorhaben getrennt zu behandeln, wenn alle anderen teilweise oder ganz miteinander in Beziehung stehen, wie z. B. Wohnbebauung / Verkehrsbelange / Stadthallennutzungskonzept / Innenstadtbelebung.

380 Zu solchen Maßnahmen gehörte die Überplanung des BGS-Geländes mit Wohn-, Gewerbe-, Dienstleistungsangeboten und verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten. Dabei ist eine Belebung der Innenstadt durch überwiegend ergänzende Angebote angestrebt worden. Der Luhepark ist keine Ansiedlung auf der „grünen Wiese“, sondern es verfügt heute schon über Anbindungen zur Innenstadt, die allerdings verbessert werden müssen. Er liegt außerdem nahe zu unterversorgten Ortsteilen, wie Stöckte und Hoopte.

390 Ein weiteres für die Zukunft wichtiges Feld wirtschaftlicher Betätigung liegt aus Sicht der FDP im Bereich des bisher vernachlässigten Tourismus. Die Tourismusförderung hat für die FDP hohe Bedeutung. Fremdenverkehr, Naherholungseinrichtungen, Wellness- und Freizeitsporteinrichtungen bieten ein erhebliches arbeitspolitisches Potenzial, das es zu fördern gilt. Kulturgut und Sehenswürdigkeiten sind entsprechend herauszustellen. Auch hierfür bereitet die Landesgartenschau 2006 bedeutende Schritte ein. Die Flächen der Landesgartenschau müssen so erhalten und weiter entwickelt werden, dass hier auch in Zukunft attraktive Veranstaltungen (z.B. im Eckermannpark) durchgeführt werden und dass der durch Mittel der Landesgartenschau langfristig völlig renovierte Schlosspark mit den angrenzenden Luhewiesen auch weiterhin insbesondere die Innenstadt für Besucher lohnenswert machen.

Die im Rahmen der Landesgartenschau eingerichtete Tourismusinformation im Marstall soll auch weiterhin als Anlaufstelle für Gäste von außerhalb zur Verfügung stehen; eine weitere enge Zusammenarbeit mit der Fremdenverkehrsgesellschaft Lüneburger Heide des Landkreises ist dabei anzustreben.

400 Ein großes Potential für den Tourismus bietet nach Ansicht der FDP die gesamte Elberegion im Bereich der Stadt. Kaum jemand von ausserhalb ist überhaupt bekannt, dass Winsen eben nicht nur an der Luhe, sondern zu weit größeren Teilen im Bereich der Ortsteile Hoopte, Stöckte, Lassrönne und Tönnhausen auch an der Ilmenau und der Elbe liegt.

410 Der Anfang für eine touristische Erschließung dieser Gebiete ist gemacht; ein Fähranleger in Hoopte steht jetzt auch endlich den Fahrgastschiffen zur Verfügung und wird bereits im Rahmen der Landesgartenschau auch auf diesem Wege Gäste in die Stadt bringen. Eine noch engere Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde Elbmarsch und den dort bereits vorhandenen und noch zu schaffenden Infrastrukturen des Elbetourismus kommt auch Winsen zu Gute!

Die FDP ist bemüht, über ihre Kontakte zum Umweltministerium in Hannover auch die Nutzung des Elbdeichs als Radwanderweg zu ermöglichen, wenn das möglich ist, ohne dabei die Deichsicherheit zu gefährden. Was in den Elbbeichen nördlich und südlich von Winsen/Luhe und der Elbmarsch möglich ist, kann für unseren Bereich nicht automatisch verboten sein.

420 Das Gelände des früheren Bundesgrenzschutzes direkt an der Elbe im Bereich von Haue wird von der heutigen Bundespolizei nur sporadisch genutzt und steht nach Auskunft des Bundesinnenministeriums zum Verkauf.

Die Stadt hat sich bereits um den Erwerb dieser Flächen direkt an der Elbe aber auch der Flächen jenseits der Straße, die als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sein, gekümmert. Für die Flächen an der Elbe stehen sogar bereits jetzt mögliche Investoren für eine Freizeitanlage zur Verfügung, die übrigen Flächen bieten sich als Ausgleichsflächen für die Stadtplanung geradezu an.

430 Die FDP hat sich in den letzten Jahren gerade um diesen wichtigen Bereich intensiv gekümmert und durch mehrere Anträge im Rat und durch Eingaben beim Umweltminister des Landes und beim Bundesinnenminister dafür gesorgt, dass dieses Planungen auf der Tagesordnung des Rates bleiben. Ein weiteres wichtiges Feld für die Freizeitgestaltung aber auch für den Tourismus im Bereich der Stadt ist die gesamte Bandbreite des Pferdesportes.

440 Kaum jemand selbst in Winsen weiß, dass Winsen/Luhe die dichteste Ansiedlung von Pferdebetrieben im gesamten Pferdeland Niedersachsen hat: In 6 Reit- und Fahrvereinen und mehreren privaten Pferdebetrieben in nunmehr 7 Reithallen treiben einschließlich der Bürger, die auch noch in benachbarten Gemeinden (z.B. Handorf, Luhmühlen, Vierhöfen u.s.w.) ihren Sport ausüben, mehr als 1.200 junge und ältere Mitbürger Sport und Freizeitgestaltung mit dem Pferd.

Auf Drängen der FDP wurde im Bereich von Alt-Roydorf wegen der dort ansässigen Reit- und Fahrvereine und privater Pferdebetriebe bereits vor Jahren im regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises ein Gebiet weiträumig als Vorrangfläche für den Pferdesport ausgewiesen. Dies sich hieraus ergebenden Möglichkeiten sind in Zusammenarbeit mit den Vereinen und den Privatbetrieben auch touristisch noch vielmehr zur nutzen als bisher.

450

Soziale Stadtplanung berücksichtigt die demographische Entwicklung!

Die Sozialpolitik gehört zu den wesentlichen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Liberale Sozialpolitik vor Ort muss Rahmenbedingungen schaffen, die die Bereitschaft und Fähigkeit zur Übernahme von Eigenverantwortung stärken. Der Demografische Wandel ist eine soziale Herausforderung – er wird DIE Herausforderung für das Soziale System im 21. Jahrhundert sein. Die FDP will, dass Winsen gewappnet ist!

460

Mit der demografischen Entwicklung einher geht eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir zur Kenntnis nehmen: Traditionelle Familienstrukturen lösen sich. Das bringt die Gefahr mit sich, dass Menschen bisweilen keinen Ausgleich mehr finden für den Halt, den die Familie ihnen gegeben hat, und damit sozial gefährdet sind. Ersatz dafür zu bieten verdient Unterstützung durch die Kommunen. Besonders bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist dieser Aspekt zu beachten. Von Bund und Land unterstützt sind Projekte zur Förderung kommunaler Jugendarbeit aufzulegen, insbesondere für politische Bildung, soziales Engagement und kulturelle Arbeit in nichtstaatlichen Organisationen.

470

Nicht nur diese Maßnahmen, sondern auch eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung tragen zur sozialen Sicherheit bei. Ende der 80´ziger Jahre hatte die FDP endlich durchgesetzt, dass in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Harburg ein Stadtentwicklungsplan für die Stadt Winsen/Luhe aufgestellt wurde. Dieser Plan hatte wichtige Aussagen über die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der wirtschaftlichen und verkehrlichen Entwicklung enthalten und Handlungsmöglichkeiten für Rat und Verwaltungen aufgezeigt - die leider aber nicht immer durch diese in den letzten Jahren beachtet worden sind.

480

Gerade unter der nun immer mehr bewussten demographischen Entwicklung und der Erkenntnis, dass auch in Winsen/Luhe die Menschen älter werden und das bisher bekannte Bevölkerungswachstum nachlassen wird, ist es unbedingt erforderlich, diesen Stadtentwicklungsplan nunmehr fortzuschreiben.

490

Unter Federführung der Bürgermeisterin wurde deshalb bereits eine Informationsveranstaltung zum Thema demographische Entwicklung durchgeführt, an der wiederum leider nur wenige Ratsmitglieder und so gut wie keine Interessierten aus der Bevölkerung teilgenommen haben. Die FDP-Fraktion hat deshalb mit großer Unterstützung durch die Bürgermeisterin darauf gedrungen, dass ratsseitig eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die sich diesem Themengebiet annehmen wird.

500

Dieser Arbeitsgruppe gehören bisher die Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt, die Bürgermeisterin und 3 Amtsleiter der Verwaltung an; sie soll jedoch umgehend erweitert werden um Fachleute aus der Bevölkerung (Planungsfachleute, Vertreter der Sozialverbände, Vertreter aus Handel und Wirtschaft, Bankenvertreter, Immobilienkaufleute, Lehrer u.s.w.). Bereits in der ersten Sitzung der Fraktionsvorsitzenden zu diesem Thema war weiterhin klar, dass diese Arbeitsgruppe fachkundig unterstützt werden muss, und dass das Ergebnis ein neuer Stadtentwicklungsplan unter der besonderen Berücksichtigung einer alternden Bevölkerung auch in Winsen/Luhe sein muss.

Die FDP wird darauf achten, dass diese für die Stadt außerordentlich wichtige Entwicklungsarbeit in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt, und auch mittelfristig nicht durch die bevorstehenden Wahlkämpfe beeinträchtigt wird!

Der Flächennutzungsplan der Stadt ist eine der wichtigsten Planungsgrundlagen für die Gremien der Stadt. Er darf aber nicht genutzt werden, um Grundstücksinteressen der eigenen Klientel zu befriedigen.

510 Hierdurch ist ein völliges Ungleichgewicht im Rahmen neuer Baugebiete zwischen dem nördlichen und dem südlichen Bereich der Stadt entstanden. Entsprechende Hinweise hierzu im Stadtentwicklungsplan und auch durch Bemerkungen der früheren Bezirksregierung wurden schlichtweg ignoriert. Die mittelfristige Bauleitplanung der Stadt muss daher grundlegend überarbeitet und auch unter den Aspekten der demographischen Entwicklung auf neue und sichere Grundlagen gestellt werden.

520 Aufgabe einer solchen Planung muss es auch in Zukunft sein, sowohl den Charakter der Innenstadt als auch insbesondere der stadtnahen Ortsteile wie Roydorf, Borstel und Stöckte zu erhalten und die Grenzen zwischen diesen Gebieten nicht durch unkontrollierte Bebauungen unkenntlich zu machen. Die Nahversorgung in den Ortsteilen durch Wohnortsnahen Geschäfte, möglichst auch durch „Post-Shops“ muss gesichert bleiben, dies gilt insbesondere in den Ortsteilen Rottorf, Hoopte, Bahlburg, Stöckte, Luhdorf, Borstel und Sangenstedt!

530 Auch die Kultur in ihrer umfassenden Bedeutung ist Lebensqualität. Kultur, sei es in kommunalen Einrichtungen oder in privaten Initiativen, braucht geistige Freiheit, und öffentliche und darüber hinaus mehr private Förderung, um gedeihen zu können. Hier wie auch im sozialen Bereich ist das Ehrenamt zu stärken. Die Gestaltung der Nutzerbeiträge für Einrichtungen kultureller Jugendbildung sollte sich an den Beiträgen für Kindertagesstätten orientieren. Dies trifft das Verhältnis von öffentlicher zu privater Finanzierung, ebenso wie die Möglichkeit der Gebührenstaffelung nach sozialen Gesichtspunkten. Die Erhaltung geschichtlich und kulturell prägender Gebäude ist Verpflichtung. Das historisch gewachsene Ortsbild ist sichtbarer Ausdruck von Heimat und verdient erhalten zu werden. Für die Einhaltung von Auflagen zum Erhalt der Gebäude, soweit sie ausschließlich im öffentlichen Interesse liegen, müssen die Eigentümer eine angemessene Entschädigung erhalten.

Verkehr und Sicherheit erhalten Lebensqualität!

540 Mit den neuen und geplanten Wohnbaugebieten und den Ausweis weiterer Gewerbeflächen ist vor allem deren Anbindung an die bestehende Verkehrsstruktur wichtig. Das dabei Sicherheits- und Umweltafordernungen zu berücksichtigen sind, ist für Liberale selbstverständlich.

550 Winsen ist weiträumig gut an die Verkehrssysteme im Umfeld der Metropol Region Hamburg über die Deutsche Bahn, die BAB 250 und die BAB 7 angeschlossen. Langfristig soll sich die Stadt weiterhin intensiv für die erforderliche Ostumgehung von Hamburg auf der Trasse der bisherigen B 404 einsetzen. Der Anschluss einer Autobahn auf der Trasse der bisherigen B 404 von Geesthacht über Rottorf an die A 7 würde diesen städtischen Bereich sinnvoll neu erschließen und einige Verkehrsprobleme im Bereich von Luhdorf, Pattensen und Thieshope beseitigen.

Der Luhepark hat – wie in unserem Programm von 2001 festgeschrieben - im südlichen Bereich eine verkehrstechnische Öffnung zur Hansestr. hin erhalten. Zusätzlich müssen weiterhin direkte Anbindungen an die Innenstadt geschaffen werden.

560 Die FDP war in den letzten Jahren immer Vorreiter bei der Forderung nach Einführung von Kreisverkehren im Stadtgebiet und konnte jetzt endlich den ersten wirklichen Erfolg mit dem Kreisel Hamburger Straße / Autobahnzubringer verzeichnen. Alle bisherigen negativen Stellungnahmen der Straßenbauverwaltung in Lüneburg hierzu wurden widerlegt! Wir fordern daher weiter, auch andere Kreuzungsbereiche hieraufhin zu untersuchen (z.B.):

- Schlossring / Luhdorfer Straße (Bei Wolperding)
- Osttangente / Lüneburger Str. (bei Möbel Rulfs)
- Autobahnzubringer Scharmbeck/Ashausen

- Osttangente / Schirwindter Straße
- Am Bahlburger Kreuz

570 Der Rechtsabbieger-Grün-Pfeil in der Bahnhofstraße hat sich als Erfolg erwiesen und sollte in ganz Winsen weiter verbreitet sein. Wir liberale sind Grundsätzlich gegen Regelungen, so dass stets zu Prüfen ist, ob die „Pfeil“-Lösung nicht nur die Zweitbeste Lösung ist. So können wir uns z.B. vorstellen, diese Ampelanlage, die an der Osttangente / L 217 und weitere probenhalber abzuschalten. Sicherheit im Verkehr ja – aber nur dort, wo es notwendig ist.

580 Das 3. Gleis zur Schaffung eines S-Bahnverkehrs mit Hamburg und in Weiterführung mit Lüneburg Nach wie vor und mehr denn je ist durch die Schaffung des 3. Gleises ein S-Bahnanschluss nach Hamburg und auch nach Lüneburg erforderlich und bleibt Zielsetzung liberaler Kommunalpolitik. Die Stadt hat hierfür durch die Übernahme und Renovierung des Bahnhofsgeländes bereits wichtige Vorleistungen erbracht.

Die FDP hat sich in der Vergangenheit für den Stadtbus und damit für den ÖPNV in Winsen eingesetzt. Heute erkennen wir, dass es zumindest in der Umsetzung ein Fehler war. Die Kapazitäten mussten deutlich reduziert werden. Es muss in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis, dem HVV und den weiteren Verkehrsbetrieben ein Konzept entwickelt werden, das auch Pendlern aus den Winsener Ortsteilen die Möglichkeit bietet, mit dem Bus an die Bahn angeschlossen zu werden.

590 Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden vor Ort ein Gefühl der Unsicherheit, sie befürchten, Opfer einer Straftat zu werden. Deshalb setzt die FDP sich dafür ein, dass mehr Fuß- und Fahrradstreifen der Polizei eingesetzt werden. Damit sie dieses leisten kann, muss die Polizei von fachfremden Aufgaben entlastet werden. Beispielhaft dafür sind die Überwachung des ruhenden Verkehrs oder Sicherungsfunktionen bei großen Sport- oder Konzertveranstaltungen.

600 Die Stadt kann mithelfen, indem sie soziale Brennpunkte entschärft oder gar nicht erst entstehen lässt. Für die FDP kommt der Prävention ein besonderer Stellenwert zu. Der Kontakt zwischen der Polizei und dem Bürger muss eng und vertrauensvoll sein, um Kriminalität im Keime ersticken zu können. Das Gewaltmonopol des Staates ist von ALLEN anzuerkennen. Mafiöse Strukturen müssen sofort mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden, damit sie in Winsen gar nicht erst Wurzeln schlagen können. Eine Videoüberwachung von öffentlichen Straßen und Plätzen wäre auf Kriminalitäts- und Unfallschwerpunkte zu beschränken (z.B. Bahnhof – Stadtbühne). Besonderes Augenmerk ist dabei auf den Datenschutz zu legen.

610 Es gehört zu den grundlegenden Verpflichtungen jeder verantwortungsbewussten öffentlichen Hand, Vorsorge für Leben und Gesundheit der Bevölkerung in jeder Krisen-, Gefährdungs- und Katastrophenlage zu treffen. Die Qualität der Stadt misst sich auch an der Wahrnehmung dieser Fürsorgepflicht. Gerade in diesem Bereich nehmen viele Bürger ehrenamtlich Aufgaben im Interesse des Gemeinwesens, also der Nachbarn und aller betroffenen Bürger, wahr.

Um der Gefahrenabwehr gerecht zu werden, muss die technische Ausrüstung für die ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehren und anderer Hilfeleistungs- und Rettungsorganisationen stets den sich wandelnden Einsatzarten angepasst werden.

Ehrenamtlicher Dienst ist nur möglich, wenn den hilfsbereiten, sich für das Gemeinwohl verantwortlich fühlenden Bürgern auch das Werkzeug an die Hand gegeben wird, um ihren Dienst optimal erfüllen zu können.

620

Verantwortungsvolle Umweltpolitik mit den Menschen vor Ort!

Ziel liberaler Umweltpolitik ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen: sauberes Wasser, reine Luft und schadstofffreie Böden. Auf Dauer sind nicht Verbote und Gebote, sondern Verantwortung der Bürger für die uns überlassene Welt Garant dafür, dass diese Grundlagen erhalten bleiben. Die Liberalen verfolgen eine „Umweltpolitik mit den Menschen“.

630

Gesetze und Verordnungen dürfen dabei nicht den eigentlichen Zielen der Umweltpolitik im Wege stehen, wo die Vernunft des Einzelnen vor Ort viel sinnvollere Lösungen bietet. Als FDP haben wir so verhindert, dass die „Untere Luhe-Ilmenauniederung“ über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweg zum Naturschutzgebiet erklärt wurde. Die ortsansässigen Landwirte und Vereine, die das Biotop über Jahrzehnte erst zu dem gemacht haben was es, wären praktisch „rausgeflogen“. Angler und Jäger, die durch aktive Hegemaßnahmen sachverständig für einen Erhalt der Artenvielfalt sorgen, wären auf der Strecke geblieben. Stattdessen hätte es obrigkeitstaatlichen, falsch gemeinten „Schutz“ nach vorgefertigtem Schema ohne Verständnis für die individuelle Situation vor Ort gegeben. Diese Erfahrung hat gezeigt, dass die Menschen in Winsen sehr wohl in der Lage sind ökonomische und ökologische Belange in Einklang zu bringen und keine Gängelung brauchen. Das wollen wir weiter unterstützen.

640

Anders stellt sich die Situation leider bei der Windkraft dar. Es ist für uns schwer hinnehmbar, dass die rotgrüne Regierung in Berlin uns in Winsen praktisch gezwungen hat, Vorrangflächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Leider unternimmt die Große Koalition in Berlin nichts, um diese schweren Eingriffe in die kommunale Planungshoheit zu beenden. Dazu kommt weiterhin ein ökonomischer Anreiz, in Form von vorgeschriebenen Abnahmepreisen für den erzeugten Strom. Als FDP waren wir von vorn herein der Ansicht, dass die Ausweisung des Vorranggebietes zwischen Pattensen, Scharmbeck und Roydorf ein Fehler war. Abgesehen davon, dass Studien zufolge wegen der Stromschwankungen der Einsatz von Windkraftanlagen global gesehen mehr CO₂ Ausstoß verursacht, weil die Kohlekraftwerke entsprechend ineffizient herauf und heruntergefahren werden müssen, werden hier vor Ort auch noch wichtige Lebensräume zerstört. Wir wollen einen Umweltschutz mit Sachverstand!

650

Ein gut aufeinander abgestimmtes Konzept von öffentlichen Personennahverkehr und Individualverkehr und ein stärkeres Augenmerk auf die für Arbeiten und Wohnen notwendigen Wege bei der Bauplanung tragen zu einer Verminderung der Umweltbelastungen bei. Die FDP ist der Ansicht, dass ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung immer zusammen betrachtet werden müssen.

660

Daher will die FDP in Winsen in erster Linie

- die Interessen von Landwirtschaft und Naturschutz gleichwertig berücksichtigen; hierzu sollen die Landschaftsrahmenpläne und die Landschafts- und Grünordnungspläne zur besseren Beurteilung des Zustandes von Natur und Landschaft aktualisiert werden, und in der Bauplanung vor Ort müssen die Belange der Landwirtschaft entsprechend berücksichtigt werden und mit den Ansprüchen übriger Nutzer der Landschaft in Einklang gebracht werden,

670

- für Wohngebiete und andere schutzwürdige Gebiete Lärminderungspläne aufstellen, wenn aufgrund von Lärmbeschwerden der Bürger zu erwarten ist. Dass nur so eine abgestimmte und erfolgreiche Minimierung von verschiedenartigen Lärmquellen möglich ist,

680 - einen Überblick über alle vorhandenen und zu erwartenden Umweltbelastungen in den Kommunen bekommen; hierzu sind eine systematische Erhebung der vorhandenen Umweltdaten mittels eines rechnergestützten Umweltkatasters und ein jährlicher Umweltbericht erforderlich,

- auch auf kommunaler Ebene der Energiepolitik durch Maßnahmen der Energieeinsparung und zur Nutzung regenerativer Energien soweit wirtschaftlich vertretbar stärkere Beachtung schenken. Die Wärmedämmung älterer öffentlicher Gebäude ist den heutigen Erfordernissen anzupassen.

690 Bei allen praktischen Forderungen wie Wasser- und Energiesparen sollte das Rathaus mit gutem Beispiel voran gehen. Umweltpolitik wirkt gleich viel glaubwürdiger, wenn sie vorgelebt wird.

Integration – Wir wollen Akzeptanz statt Toleranz!

700 „Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“ lautet ein Zitat von George Orwell aus seinem Roman 1984. Die Freiheit der Meinung, der Religion und die Gewissensfreiheit sind daher absolute Werte und werden uneingeschränkt gewährleistet. Erst wenn Gedanken in Worte und Taten umgesetzt werden, die mit der Freiheit anderer nicht in Einklang zu bringen sind, darf der Staat, darf auch die Stadt Winsen eingreifen. Das Christentum bewegt sich mit den verschiedenen Kirchen auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir von anderen Glaubensgemeinschaften – nur dann unterstützen wir eine Ansiedlung und Organisation vor Ort.

710 Im Zusammenhang mit der Integration von Minderheiten ist oft von „tolerieren“ die Rede. Toleranz wird als das Ideal der Integration verstanden. Tolerare heißt aber „erleiden, erdulden“ – heißt im Ergebnis „wegsehen“. Wir Liberale halten das für falsch. Wir wollen genau hinsehen und wollen Fremdes akzeptieren, wenn es mit den Werten unserer Gesellschaft in Einklang zu bringen ist. Es liegt in jedermanns Verantwortung auch seinem Nächsten gegenüber klar zu machen, was akzeptabel ist und was nicht.

720 Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo er seinen Nächsten einengt. In Winsen und in Deutschland bestimmen die Grundrechte aus dem Grundgesetz diese Grenzen. Das Grundgesetz ist die liberalste Verfassung, die es auf deutschem Boden je gab. Es steckt den Rahmen – wir bekennen uns zu seinen Werten und verlangen das von allen Winsener Einwohnern. Die Verantwortung des Einzelnen liegt ausdrücklich auch darin, denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können.

730 Voraussetzung für jede Integration ist ein klares Bekenntnis zu den Grundrechten und deren Umsetzung. Wir sehen auch bei uns die Gefahr, dass sich Gruppen von Zugewanderten abkapseln und ihre eigenen Rechtsräume schaffen. Das ist nur so lange akzeptabel wie diese Gruppen das Gewaltmonopol des Staates akzeptieren und jedem ihrer Mitglieder die Grundrechte zugestehen, auf denen unsere Gesellschaft basiert. Eine Unterdrückung von Frauen und Mädchen mag in anderen Kulturkreisen mit eigenen Rechtsordnungen akzeptiert werden – in Winsen ist sie inakzeptabel! Die Grundlage des Verwaltungshandelns wie des Miteinanders in Winsen ist deutsches Recht. Jedermann hat dabei vor dem Gesetz gleich behandelt zu werden. Wir begrüßen jede Initiative die Aufklärungsarbeit leistet, damit sich alle Mitglieder unserer Gesellschaft ihrer Rechte bewusst sind und diese auch durchsetzen können.

Integration im liberalen Sinne kann nur durch interkulturellen Austausch passieren. Wir appellieren daher an jeden Einzelnen, das Gespräch zu suchen und sich gegen Fehlvorstellungen davon zu wenden, was in unserer Gesellschaft akzeptabel ist. Wenn Einzelpersonen mit unterschiedlichen Ansichten sich gegenüberstehen, müssen sie eine gemeinsame Basis finden. Diese Basis liefert unsere Rechts und Gesellschaftsordnung. Erst wenn homogene Gruppen aufeinander treffen, die sich für sich stark fühlen, kommt es zu einer Eskalation von Gewalt. Hier muss vorgebeugt werden. Wo Menschen die Basis unserer Rechtsordnung verlassen muss sich der Einzelne auf den Schutz des Staates verlassen können – die Stadt Winsen ist gefordert, die notwendigen Strukturen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Wir wollen kein Denunziantentum, aber wir stehen zum Gewaltmonopol des Staates und fordern den Einzelnen auf, den Staat in die Pflicht zu nehmen, wo er sieht, dass gegen sein Recht oder das seiner Nachbarn verstoßen wird.

Aktivität im Verein kann Mittel zur gesellschaftlichen Eingliederung von Jugendlichen ohne ausreichende familiäre Betreuung, von Ausländern oder Zugewanderten sein. Daher ist die finanzielle Unterstützung von Vereinen auch eine soziale Notwendigkeit – Vereine, die sich durch eine heterogene Zusammensetzung auszeichnen, sind dabei besonders wertvoll. Auch das Jugendzentrum erfüllt in dem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe. Es muss stärker als bisher eine Durchmischung von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft fördern. Es reicht nicht aus, ein Angebot zu schaffen, dass in der Realität von homogenen Gruppen unter Ausschluss von Anderen in Anspruch genommen wird – Chancen sind dadurch zu schaffen, dass für alle gleiche Bedingungen zur Verfügung stehen. Wo innerhalb von öffentlichen Einrichtungen „geschlossene Gesellschaften“ entstehen, läuft etwas falsch!

Kommunikation ist das wichtigste Mittel, um Werte zu transportieren. Nur wer sich verständigen kann wird sich verstehen. Amtssprache ist deshalb deutsch. Es ist ein Trugschluss davon auszugehen, dass man den Menschen, die unsere Sprache nicht ausreichend beherrschen, einen Gefallen tut, indem man Formulare und Texte in ihrer Heimatsprache zur Verfügung stellt. Wer mit den Behörden nicht klar kommt, wird auch in unserer Gesellschaft nicht bestehen können. Die FDP lehnt daher jede Initiative ab, die die Winsener Stadtverwaltung „ausländerfreundlicher“ gestalten will, soweit dieses Entgegenkommen den Eindruck vermittelt, man könne dauerhaft in Winsen leben, ohne deutsch zu verstehen. Aussiedler und aufenthaltsberechtigte Ausländer sind durch Sprachkurse und besondere Betreuungsmaßnahmen zügig zu integrieren.

Wir wollen jeden akzeptieren und mit offenen Armen empfangen, der Teil unserer Gesellschaft werden will und ihre Werte akzeptiert. Verstöße gegen die Grundlagen unserer Gesellschaft hingegen werden wir nicht einmal tolerieren.

A

- Abschlüsse - 7 -
Amtssprache *Siehe* deutsch
780 Angler - 13 -
Arbeitnehmer - 8 -
Arbeitsplätze - 2 -, - 8 -
Artenvielfalt - 13 -
Ashausen - 11 -
Auflagen - 8 -, - 11 -
Ausländer - 15 -
Autobahn - 8 -, - 11 -
Autobahnzubringer - 11 -

B

- 790 Bahlburg - 11 -
Bahnhofstraße - 8 -
Bauhof - 4 -, - 5 -
Berlin - 3 -, - 13 -
Bevölkerungswachstum *Siehe* demographische
Entwicklung
Bildung - 2 -, - 6 -, - 7 -, - 10 -
Biotop - 13 -
Borstel - 4 -, - 5 -, - 11 -
Buchholz - 4 -
800 Bundesgrenzschutz *Siehe* Bundespolizei
Bundespolizei - 9 -
Bürger - 1 -, - 3 -, - 4 -, - 5 -, - 9 -, - 12 -, - 13 -
Bürgerbeteiligung - 3 -
Bürgermeisterin - 10 -

C

- CDU - 7 -
Christentum - 14 -

D

- demographische Entwicklung - 10 -
810 Denunziantentum - 15 -
deutsch - 7 -, - 15 -
Deutsche Bahn - 11 -
Dienstleistungsangebote - 8 -

E

- Ehrenamt - 11 -
ehrenamtlich - 12 -
Elbe - 8 -, - 9 -
Energiepolitik - 14 -
Entschädigung - 11 -

820

F

- Familie - 3 -, - 10 -
Familien - 10 -
Feuerwehr - 3 -
Flächennutzungsplan - 10 -
Formulare - 15 -
Freiberufler - 8 -
Freiheit - 1 -, - 3 -, - 11 -, - 14 -

- Freizeitsporteinrichtungen - 8 -
Fremdenverkehr *Siehe* Tourismus
830 Fremdenverkehrsgesellschaft Lüneburger
Heide - 9 -
Fürsorgepflicht - 12 -

G

- Gäste - 9 -
Gebäude - 11 -
Gebühren - 11 -
Gefährdung - 12 -
Gefahrenabwehr - 12 -
Geschäfte - 8 -
840 Gesellschaft - 1 -, - 5 -, - 14 -, - 15 -
Gesundheit - 12 -
Gewalt - 15 -
Gewaltmonopol - 12 -, - 14 -, - 15 -
Gewerbe - 8 -
Gewerbeflächen - 8 -, - 11 -
Glaubensgemeinschaften - 14 -
Große Koalition - 13 -
großen Parteien - 6 -
Grundgesetz - 6 -, - 7 -, - 14 -
850 Grundrechte - 3 -, - 14 -
Grünordnungspläne - 13 -
Gymnasium - 7 -

H

- Hamburg - 8 -, - 11 -, - 12 -
Hamburger Straße - 11 -
Handwerk - 8 -
Hartz IV - 5 -
Hauptschulen - 7 -
Haushalt - 5 -
860 Hegemaßnahmen - 13 -
Heimat - 11 -
Hoopte - 8 -, - 9 -, - 11 -

I

- Industrie - 8 -
Innenstadt - 8 -, - 11 -
Insel - 4 -, - 5 -
Integration - 2 -, - 14 -, - 15 -
Internet - 3 -
Investitionen - 4 -, - 5 -, - 6 -

870

J

- Jäger - 13 -
Jugendarbeit - 10 -
Jugendbildung - 11 -
Jugendliche - 15 -
Jugendzentrum - 15 -

K

- Katastrophe - 12 -
Kinder - 6 -, - 7 -
Kindertagesstätten - 11 -
880 Kirche - 14 -

kommunale Finanzausgleich - 6 -
Kooperation - 4 -, - 8 -
Kreisel - **11** -
Krise - **12** -
Kultur - **11** -

L

Land - **3** -, - **6** -, - **7** -, - **10** -
Landesgartenschau - 4 -, - 8 -, - 9 -
Landschaft - **13** -
890 Landwirte - **13** -
Landwirtschaft - **13** -
Lärm - **13** -
Lassrönne - 9 -
Lebensgrundlagen - **13** -
Lehrerversorgung - **7** -
LGS *Siehe* Landesgartenschau, *Siehe*
Landesgartenschau
Luhdorf - **11** -
Luhdorfer Straße - **11** -
900 Luhepark - 8 -, - 11 -
Lüneburger Str. - **11** -

M

Marstall - **9** -
Medien - **7** -
Medienkompetenz - **7** -
Meinung - **14** -
Metropolregion - 8 -
Mittelstand *Siehe* Wirtschaft

N

910 Naturschutz - **13** -

O

ÖPNV *Siehe* Personennahverkehr
Ortsbild - **11** -
Osttagente - 6 -
Osttangente - **8** -, - **11** -, - **12** -

P

Pattensen - **11** -, - **13** -
Personennahverkehr - **13** -
Pferde - 9 -
920 Pisastudie - 6 -
Planung - **10** -, - **11** -
Polizei - **12** -
Privatisierung - 6 -

R

Rat - 3 -, - 4 -, - 6 -, - 9 -, - 10 -
Rathaus - **3** -, - **14** -
Rathausstraße - 8 -
Realschulen - **7** -
Rechtsabbieger-Grün-Pfeil - **12** -
930 Reiten *Siehe* Pferde
Religion - **14** -
rotgrün - **13** -
Rottorf - 11 -

Roydorf - **7** -, - **9** -, - **11** -, - **13** -

S

Sangenstedt - 11 -
S-Bahnverkehr - **12** -
Scharmbeck - **11** -, - **13** -
Schlosspark - **8** -
940 Schlossring - **11** -
Sehenswürdigkeiten - **8** -
Selbständigen - 8 -
Sicherheit - **2** -, - **10** -, - **11** -, - **12** -
sozial - 10 -, - 11 -
Sozialpolitik - **10** -
Sport *Siehe* Vereine
Sprachkurse - **15** -
Staat - 4 -, - 5 -, - 8 -, - 14 -, - 15 -
Stadtbus *Siehe* Personennahverkehr
950 Stadtentwicklungsplan - **10** -, - **11** -
Stadthalle - 5 -
Stadtwerke - 4 -, - 5 -
Steuerbelastungen - 5 -
Steuererhöhung - 5 -
Stöckte - 4 -, - 5 -, - 8 -, - 9 -, - 11 -
Straßenbauverwaltung - **11** -
Stundenlohn - **7** -
Subventionierung - **4** -

T

960 Thieshope - **11** -
Toleranz - **2** -, - **14** -
Tönnhausen - 9 -
Tourismus - 2 -, - 8 -, - 9 -
TSV - 6 -

U

Umwelt - 14 -
Umweltpolitik - **2** -, - **13** -, - **14** -
Untere Luhe-Ilmenaniederung - **13** -

V

970 Verantwortung - **1** -, - **3** -, - **6** -, - **13** -, - **14** -
Vereine - **13** -, - **15** -
Verfassung *Siehe* Grundgesetz
Verkehr - 2 -, - 11 -, - 12 -
Vorschulbildungssystem - 7 -

W

Wahlkämpfe - **10** -
Wärmedämmung älterer öffentlicher Gebäude
- **14** -
Wasser- und Energiesparen - **14** -
980 Werte - **14** -, - **15** -
Wettbewerb - 6 -
Windkraftanlagen - **13** -
Wirtschaft - **2** -, - **5** -, - **8** -, - **10** -
Wirtschaftsfördergesellschaften - **8** -
Wirtschaftspolitik - 6 -
Wohnbebauung - **8** -
Wohngebiete - 13 -

Z

Zugewanderte - 14 -
990 Zusammenarbeit - 4 -, - 8 -, - 9 -, - 10 -, - 12 -